



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein Privatmann: Sachsen und die deutsche Frage : offenes Sendschreiben
an den F-Correspondenten der Leipziger Zeitung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Sachsen und die Deutsche Frage.

Offenes Sendschreiben an den F=Correspondenten der Leipziger Zeitung.

Die öffentliche Meinung sieht in Ihnen ein Organ des sächsischen Ministeriums, und legt demnach Ihren Ansichten eine Wichtigkeit bei, die sie als blos literarische Versuche eines Privatmanns nicht haben würden. Sollte die öffentliche Meinung wirklich ein Recht sein, so stände es schlimm um Sachsen.

Sie wenden Sich in einem Ihrer Aufsätze an die „conservative“ Partei, und machen ihr den Vorwurf, sie gäbe durch ihre Uneinigkeit bei den Wahlen den Demokraten neuen Spielraum. Ich berühre hier nur den Theil des Vorwurfs, der sich auf die Centren erstreckt, denn Ihre Meinungsdifferenz mit den Absolutisten, die nach Ihrer eigenen Erklärung deshalb vor der Wahl gemäßigter Männer warnen, um die Regierung zu einer rettenden That zu nöthigen, diese mögen Sie en famille ausmachen.

Wenn Sie unsere Partei aber deshalb tadeln, daß sie „ehrenwerthe“ Männer zurückweist, weil sie „Großdeutsche“ sind, so ist das ein seltsamer Vorwurf. Die Kammer ist doch nicht eine Sinecur für „ehrenwerthe“ Männer, sondern eine Versammlung von Repräsentanten, die in den wesentlichen Fragen des Staatslebens die Ansicht ihrer Committenten darstellen, und es wäre höchst zweckwidrig, wenn wir unser Mandat an Männer übertragen sollten, die in diesen wesentlichen Fragen sich mit uns in diametralen Gegensatz befinden, mögen sie sonst so ehrenwerth sein, wie sie wollen.

Dem täuschen Sie sich darüber nicht! Was Sie conservative Partei nennen, existirt nicht mehr! In den Zeiten der allgemeinen Gefahr, als durch eine wüste Demagogie nicht nur der Staat, sondern die Gesellschaft bedroht wurde, als die Regierung zu schwach oder zu unentschlossen war, diesem Unwesen zu steuern, damals verband sich alles, was irgend noch ein positives Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung hatte, Liberale, Absolutisten, Lichtfreunde, Jesuiten u. s. w., um nur für den Augenblick die Anarchie zu unterdrücken. Diese Verbindung ent-

gegengesetzter Elemente konnte ihrer Natur nach nur äußerlich sein, sie wurde durch keine gemeinsame Idee getragen, sie wirkte nur negativ, ablehnend, sie konnte also die Gefahr des Augenblicks nicht überdauern. Seitdem die Revolution in Dresden durch die preussischen Truppen beseitigt ist, kann die Gemeinsamkeit des Nichtwollens eine Partei nicht mehr zusammenhalten, sondern jeder Theil derselben wird seinem positiven Grundgedanken nachgehn.

Es wird sich vielmehr so herausstellen, daß diesmal die Partei der Regierung in vielen Punkten mit den Radikalen gemeinschaftliche Sache machen wird gegen die Centren, wie es eigentlich schon unter dem vorigen Ministerium der Fall war, in Punkten, die nicht „das Detail des Neubaus“, nicht die „glänzende Ausstattung einzelner Räume“ betreffen, wie Sie sich mehr poetisch als bestimmt ausdrücken, sondern geradezu das Fundament des neuen Staatslebens.

Die Frage des deutschen Bundesstaats ist diejenige, von welcher Sachsens Schicksal nicht nur in der Zukunft, sondern in der nächsten Gegenwart abhängt. Ich erinnere Sie an Ihren eigenen, freilich etwas dunkeln Ausdruck: „Die äußerste Linke . . . will die Regierung offenbar zu Gewaltmaßregeln drängen, denn sie weiß recht gut, daß die Regierung auf dem Standpunkt der vorjährigen Gesetzgebung nicht stehen bleiben kann, wenn sie ihrer Pflicht genügen, wenn sie der Monarchie eine feste Basis geben will.“ Soll damit überhaupt etwas gesagt sein, so ist es doch Folgendes: Die vorjährige Gesetzgebung muß in monarchischem Sinn revidirt werden; will die Kammer zu einer solchen Revision der Regierung nicht die Hand bieten, so könnte die Regierung sich veranlaßt sehen, auf eigene Hand zu revidiren.

Zu rettenden Thaten, geehrter Herr! gehört nicht nur der gute Wille, sondern auch die Kraft. Ob das isolirte, souveräne Sachsen dieser Kraft sich in der That erfreut, wäre jedenfalls eine Frage, für welche die Geschichte des vorigen Jahres nicht das günstigste Resultat verheißt. Sie sehen also, daß auch für Ihren Hauptgesichtspunkt, die innere Reform, die deutsche Frage maßgebend ist, und daß Sie der wahrhaft conservativen Partei, d. h. derjenigen, welche dauerhafte, feste Garantien für ein gesundes Staatsleben haben will, nicht zumuthen können, sie solle eine Regierung unterstützen, welche diese Garantien nicht bietet. Sollte Ihnen dieser Gedanke wirklich nicht eingefallen sein, wenn Sie sich im Lager Ihrer neuen Allirten umsehn? Sollten Sie wirklich den Grund nicht durchschauen, der die radikale Partei zur Agitation gegen das preussische Bündniß treibt?

Sie lassen sich durch Ihre augenblickliche Stimmung hinreißen, Sie werden bitter gegen unsere Partei. „Wenn man die Râsonnements mancher öffentlichen Blätter liest, die aus dem Gegensatz von Preußen und Oestreich nicht heraus-

kommen, da möchte einen ein unheimliches Gefühl beschleichen und man beinahe glauben, eine bekannte Partei, die sich fast vorzugsweise gern die deutsche, nationale nennt, habe, einen berühmt gewordenen Spruch travestierend, auf ihre Fahnen geschrieben, Ein Preußen, ein Oestreich, aber kein einiges Deutschland!"

Was haben Sie für ein kurzes Gedächtniß! Jener Spruch, in's Verständliche übersezt, lautet folgendermaßen: ein unabhängiges Oestreich, ein unabhängiger Bundesstaat mit Preußen als Vorort, und zwischen beiden nur eine völkerrechtliche Verbindung. Diesen Grundsatz hat nicht nur unsere Partei in Frankfurt und Gotha ganz offen und bestimmt als den leitenden Gedanken ihrer Politik hingestellt, nicht nur die preussische Regierung hat ihn adoptirt, sondern Sie selber, Herr F.! haben es gethan, oder Ihr Client, die sächsische Regierung, als sie das Bündniß vom 26. Mai unterzeichnete! Freilich reicht Ihr Gedächtniß auch in andern Dingen nicht aus. „Soviel uns bekarnt, hat Oestreich Deutschland gegenüber noch nichts verlangt, als wozu es dem klaren Inhalte bestehender Verträge nach unzweifelhaft berechtigt wäre.“ — Du sprichst ein großes Wort gelassen aus! — Also ist es Ihnen nicht bekarnt, daß Oestreich in demselben Augenblick gegen die Rechtsgiltigkeit des Dreikönigsbündnisses Protest einlegte, als die sächsische Regierung es unterzeichnete? Und doch behaupten Sie noch heute, daß die sächsische Regierung damals Recht gehabt hat. Wie stimmt das zusammen?

Wo Gedanken fehlen, da stellt ein Wort zu rechter Zeit sich ein. Ich komme auf den von Ihnen citirten Spruch zurück. Die öffentliche Meinung legte dem Erzherzog Johann den Toast in den Mund: „kein Oestreich, kein Preußen, ein einiges freies Deutschland!“ Das ist ein sehr bestimmter politischer Grundsatz, den die deutschen Republikaner mit Vergnügen adoptiren, den aber weder der Erzherzog, noch Sie, verehrter Herr! in seinen Konsequenzen anerkennen werden. Laut offizieller Berichtigung hat der Trinkspruch vielmehr gelautet: „Ein Oestreich! Ein Preußen! Ein einiges Deutschland!“ Ein schöner Trinkspruch, bei dem man sich aber gerade soviel denken kann, als bei Ihrem Vorwurf, daß wir „aus dem Gegensatz von Oestreich und Preußen nicht herauskommen!“ Man kann nur dadurch aus dem Gegensatz herauskommen, daß man die Augen zudrückt, wie es einem Ihrer Freunde begegnet, einem großdeutschen Diplomaten in der D. A. Z., der sich also vernehmen läßt: „Die Romantik des Schwerts muß sich den bürgerlichen Bedürfnissen unterordnen; die edle Freiheit, nach der heute die Welt verlangt, muß und soll als Blüthe des Ganzen wesentlich aus der Selbstbestimmung und Selbstbeschränkung der Individuen und doch zum Theil fast instinctartig hervorgehn.“ Wie glücklich ist doch ein Diplomat! In einem Augenblick, wo überall das Schwert entschieden hat, was gelten soll, setzt er das Schwert zur Romantik herab! Bajonnette existiren nur noch in der Einbildung! Um die politischen und socialen Probleme zu lösen, bedarf es nur eine „zum Theil

fast instinctartige Selbstbestimmung und Selbstbeschränkung der Individuen!“ Der großdeutsche Diplomat sollte sich mit dem cosmopolitischen Republikaner Herrn Arnold Ruge in Rapport setzen, der ebenfalls die brutale Romantik der Kanonengeln abschaffen und sie dadurch ersetzen will, daß er die Kanonen mit Ideen lade: Arm in Arm, dürfen diese beiden Philosophen das Jahrhundert in die Schranken fordern.

Doch zur Sache. Das sächsische Ministerium wäre nach Ihrer Erklärung auf die Verfassung vom 26. Mai eingegangen, wenn Baiern und Würtemberg beigetreten wären; den Ausschluß Oestreichs hätte es sich gefallen lassen. Unter den gegenwärtigen Umständen aber will es nicht darauf eingehn. Inwiefern der Nichtbeitritt jener beiden Staaten die Sachlage ändert, darüber geben Sie keine Auskunft, ebensowenig, welchen Weg Sie zur Regulirung der deutschen Verhältnisse in diesem Augenblick einzuschlagen gedenken. Sind Sie bloß gegen den Reichsvorstand oder auch gegen den Reichstag? Und wenn Sie den letzteren wollen, soll ihn Oestreich beschicken oder nicht? — Sie sprechen sich darüber nicht aus. Erlauben Sie, daß ich Ihnen zu Hilfe komme.

Ein deutscher Reichstag ohne eine ihm gegenüberstehende einheitliche Regierung ist ein Unding. Soll er selber in Form eines Nationalkonvents die Regierung führen, so wird sein nächster Schritt der sein müssen, die deutschen Staaten und namentlich die Fürsten abzuschaffen, die seine Souveränität in jedem Augenblick verkümmern. Darauf werden Sie sich so wenig einlassen wollen, als unsere Partei. Soll eine gesetzgebende Versammlung einen Sinn haben, so muß eine Executive neben ihr stehen, die, natürlich mit den im Gesetz vorgesehenen Einschränkungen (Veto u. s. w.), ihre Beschlüsse in Ausführung bringt. Darum hatte ein Parlament dem Bundestag gegenüber keinen Sinn, weil der Bundestag keine ausübende, sondern nur eine controllirende Gewalt besaß. Darum klammerte sich das revolutionäre Vorparlament an die „Leiche“ des Bundestags an, welche ohnmächtig gegen den Willen der Volksvertreter, allmächtig gegen die durch die Revolution erschütterten Einzelregierungen sein sollte. Darum eilte die Nationalversammlung, sich in der provisorischen Centralgewalt eine entsprechende Executive zu schaffen. Eine Wiederkehr zu der Form des alten Staatenbundes, der die eigentliche Regierung den einzelnen Staaten überläßt, schießt also den Gedanken einer Volksrepräsentation aus, weil kein Ehrenmann sich zu Berathungen hergeben wird, die zu keinem Resultat führen.

Ferner. Die einheitliche Regierung läßt sich nur in drei Formen denken. Entweder eine neue Centralgewalt außerhalb der Reihe der regierenden Fürsten, oder ein Directorium der Fürsten, das nach einfacher Majorität beschließt, oder die Uebertragung der Hegemonie an den mächtigsten der regierenden Fürsten.

Daß die erste Form zu keinem Resultat führt, ist nach der Erfahrung des vorigen Jahres außer allem Zweifel. Mächtigere Fürsten werden einem Mindermächtigen immer nur soweit gehorchen, als sie es für gut finden, und das Ausland wird eine Macht, die sich im Innern nicht geltend machen kann, am wenigsten respectiren.

Ein Directorium mit Oestreich und Preußen würde nichts anderes sein, als Rückkehr zum Bundestage. Keiner von beiden Staaten würde seine Souveränität einem derartigen Conglomerat unterordnen, er würde es nicht können, wenn er es auch wollte. Von einem Reichstag wäre unter diesen Umständen keine Rede.

Ein Directorium ohne Oestreich, das nach Stimmenmehrheit entschiede, kann Preußen unter keinen Umständen annehmen. Das Stimmenverhältniß müßte wenigstens so sein, daß die andern Staaten sich zu Preußen verhielten wie 2 : 1; man will es aber vielmehr haben wie 5 : 1 oder gar wie 6 : 1. Nun wiegt aber Preußens Macht so schwer, als die aller übrigen deutschen Staaten (mit Ausschluß Oestreichs) zusammengenommen, es wäre also gegen die Natur der Dinge und gegen alle politische Logik, wenn Preußen sich einem solchen Verhältniß fügen sollte.

Der dritte Fall, die Uebertragung der Reichsgewalt an den mächtigsten Fürsten, ist auf legalem Wege nur unter der Voraussetzung möglich, daß jedem einzelnen Staat die freie Entscheidung über sein Beitreten oder nicht Beitreten überlassen bleibt. Wenn also Sachsen seinen Beitritt von dem Beitritt aller übrigen deutschen Staaten abhängig macht, so wird dadurch unter den gegenwärtigen Verhältnissen die ganze Idee des Bundesstaates zur Illusion. Denn ohne das Gefühl innerer Nothwendigkeit wird sich natürlich kein Staat zu einem solchen Schritt herbeilassen, und für die bairische Regierung ist dieses Gefühl entschieden nicht vorhanden.

Glauben Sie nicht etwa, daß ich für den Dreikönigs-Entwurf eine besondere Begeisterung hege. Die Grenzboten haben ihrer Zeit sich deutlich genug ausgesprochen. Sie oder Ihre Regierung haben ja selber an der Abfassung Theil genommen, und ich werde daher nicht nöthig haben, Ihnen erst die augenfälligen Schwächen, Widersprüche und Unklarheiten darin nachzuweisen. Der schlechteste Theil ist entschieden derjenige, welcher die neue Centralgewalt durch überflüssige Mechanismen beschränkt. Aber ich bin der Ueberzeugung, daß auch die schlechteste Verfassung in einem Staatskörper, der sonst mit Naturnothwendigkeit zusammenhängt, sich selber corrigiren wird. Das Mangelhafte in dem Inhalt der Verfassung kann also kein Grund sein, sie zurückzuweisen, am wenigsten für diejenigen, die sie selber entworfen haben.

Den Entscheidungsgrund, welcher die sächsische Regierung in dieser wichtigen Frage allein bestimmen darf, haben Sie vollkommen richtig angegeben. „Wir sind

überzeugt davon, daß keiner unserer Minister auf östreichischem, keiner auf preußischem, sondern alle, da sie sächsische Minister sind, zunächst auf sächsischem, und sodann, da Sachsen zur Zeit weder ein Theil von Oestreich, noch ein Theil von Preußen, sondern ein Theil von Deutschland ist, auf deutschem Standpunkte stehen.“ Ich gehe sogar noch weiter als Sie, und erkläre den letzten Zusatz für überflüssig. Denn der deutsche Standpunkt ist ein sehr schwankender, jeder einzelne denkt sich nach seiner Neigung oder nach seinem Interesse etwas anderes dabei, und Deutschland liegt nicht außerhalb seiner einzelnen Staaten, es realisirt sich nur im gesunden Egoismus seiner Stämme.

Bleiben wir also lediglich bei dem sächsischen Standpunkte. Von diesem aus behaupte ich zweierlei. 1) Für Sachsen ist die Anschlußfrage keine freie Wahl, sondern eine gebieterische Nothwendigkeit; 2) es gehen ihm aus dem Anschluß nur die wesentlichsten Vortheile und keine Nachtheile hervor.

Sie behaupten: „Der Berliner Verfassungsentwurf verlangt von Sachsen sehr große Opfer, nicht bloß von der Krone und der Regierung, sondern namentlich auch von der Kammer, deren Rechte zu einem großen Theile auf das Parlament übertragen werden sollen.“ Man sollte wirklich glauben, daß zu den Zeiten des Bundestags die sächsische Regierung eine souveräne Großmacht in der Art Englands und Frankreichs gewesen wäre, und daß die sächsischen Kammern den allerfreiesten Horizont von der Welt gehabt hätten. Und doch ist der diplomatische Verkehr Sachsens mit dem Auslande über Geburtstagsgratulationen u. dgl. nicht herausgegangen, und doch warf man unermüdlich den Kammern, wenn sie irgend einen Beschluß von Erheblichkeit fassen wollten, das Verbot des Bundestages, d. h. Oestreichs und Preußens entgegen. Es ging so weit, daß der sächsische Minister einen bedenklichen Bittsteller zuweilen an den preußischen Gesandten verwies. In jedem Augenblick stand es in Oestreichs und Preußens Macht, den Leipziger Buchhandel zu unterdrücken, und es lag nur in dem guten Willen dieser Großmächte, wenn sie ähnliche Maßregeln nicht auch auf weitere Industriezweige ausdehnen wollten.

Freilich hat Sachsen einmal kraft souveräner Machtvollkommenheit dem Kaiser Napoleon Vasallendienste geleistet. Aber damals war Sachsen mächtiger als jetzt, ein ähnlicher Versuch würde verhängnißvolle Folgen haben.

Das war also die Souveränität des sächsischen Staats in den goldenen Zeiten des Bundestags. Aber die Sache steht jetzt viel schlimmer. Damals war Preußen ein absoluter Staat und drückte nur mit äußerlicher Gewalt auf das Nachbarland, jetzt ist es ein constitutioneller, und wird auch moralisch die Kräfte Sachsens absorbiren. Jeder Gebildete wird sich weit mehr für die Verhandlungen der preußischen Kammern interessieren, als für die seines eigenen Landes, weil er dort

einen weitem Horizont und große Gesichtspunkte findet, hier nur kleinstädtische Interessen, das Herz des ganzen Volks wird in Berlin sein, und jeder strebsame und ehrgeizige Kopf wird herüberwandern, wo er allein einen angemessenen Schauplatz findet. Schon zu den Zeiten des Central-Landtags hat sich die sächsische Publicistik weit mehr mit Berlin beschäftigt, als mit Dresden. Zuletzt wird in den sächsischen Kammern Niemand mehr sitzen wollen, als die kleinen Winkelradikalen, die in derartigen Interessen ganz zu Hause sind, und dann mögen Sie zusehn, wie Sie mit ihnen fertig werden. Zum zweiten Mal wird Preußen nach seiner jetzigen Erfahrung nicht die Rolle des uneigennütigen Friedensstifters spielen.

Sachsen ist, als souveräner Staat betrachtet, ein viel haltloseres Ganze, als selbst Hamburg oder Lübeck. Diese Staaten haben wenigstens die See, Sachsen liegt ja aber ganz in mächtige Nachbarstaaten eingekesselt. Dagegen steht Sachsen in einer Beziehung allen übrigen deutschen Staaten voraus: in dem Sinn für Ordnung und Geseßlichkeit, dem auch die letzten radikalen Bewegungen nicht Abbruch gethan haben.

Aus diesem Grunde konnte die polizeiliche Thätigkeit der Staatsgewalt viel humaner und milder in Sachsen sich äußern, als in dem benachbarten Preußen, das, Dank sei es den weisen Urhebern der Wiener Verträge! eben seiner unvollkommenen Abrundung wegen, ein permanentes Kriegslager bilden mußte.

Sachsen ist berufen, eine herrliche Rolle zu spielen als Theil eines größern Ganzen, daß es durch seine ehrenwerthen Kräfte ergänzt und mitbildet; als Ganzes ist es eine höchst klägliche Figur, nicht nur seines kleinen Umfangs und seiner Lage wegen, die ihm die größere Politik verschließt, sondern auch wegen der Gleichartigkeit seiner Elemente, die so wenig wesentliche Differenzen darbietet, daß eine einseitige Clique, Vaterlandsvereine, im Stande sein könnte, es auf Jahre zu beherrschen.

Denken Sie sich die Herstellung des alten Bundes. Ist Oestreich und Preußen einig, so wird Sachsen einfach gehorchen müssen, wie es früher gehorcht hat: Liegen aber beide Staaten in Zwiespalt, so glauben Sie vielleicht, Sachsen werde den Ausschlag geben? Weit gefehlt! Oestreich und Preußen werden heftige Manifeste gegen einander erlassen, wie sie es jetzt thun, aber sie werden nicht so einfältig sein, sich ernsthaft zu befehlen. Vielmehr wird Preußen die erste Gelegenheit ergreifen, sein Mütthchen an dem „kleinen Geist“ zu fühlen, der sich „zwischen die entbrannten Degenspitzen mächtigerer Gegner drängt“, und Oestreich wird sich dadurch revangiren, daß es bei der zweiten Gelegenheit dasselbe thut. Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi! Das ist zu natürlich, um es zu vermeiden. Zuletzt wird Alles, was politische Bildung und allgemeine Ideen hat, sich zu Preußen hinneigen, und der Staat ist in seinem moralischen Fundament erschüttert.

Dafür wird in dem Verfassungsentwurf vom 26. Mai der sächsischen Regierung mit dem sächsischen Volk eine würdige Stellung angeboten. In den innern Angelegenheiten bleibt Sachsen noch immer selbstständig, nur erhält es noch größere Garantien seines Bestehens durch das Gewicht des preussischen Schwertes. In den auswärtigen, allgemein politischen Angelegenheiten erhält die Regierung, die bis dahin gar keine Stimme hatte, in dem Fürstencollegium wie in dem Staatenhaus einen sehr bedeutenden gesetzlichen Einfluß. Gratulationsgesandte an auswärtige Höfe zu senden wird ihnen Niemand wehren. Die Tüchtigen im Volk erhalten durch das Parlament einen angemessenen Spielraum ihrer Thätigkeit, das gesammte Volk durch seine Repräsentanten den ihnen gebührenden Theil des Einflusses.

Wo man hinblickt, überall nur Gewinn für Sachsen, verloren Nichts als eitle Glitter!

Und nun wollen Sie noch warten, wie sich Baiern und Württemberg bestunt! Nach meiner Ueberzeugung wird der norddeutsche Bundesstaat besser gedeihen, wenn beide Staaten mit Baden draußen bleiben und sich der österreichischen Hegemonie fügen; aber wenn Sie auch den Bundesstaat mit Baiern für besser halten, so müssen Sie doch so viel einsehen, daß Sie das Zustandekommen desselben erleichtern, wenn Sie zuerst ein festes, wenn auch dem Umfange nach beschränktes Ganze gewinnen, dem sich jene Staaten dann anschließen können.

Demnach entscheiden Sie Sich.

Ihr ergebener Diener.

Ein Privatmann.